

„Maximaler Druck“ unter Torschlusspanik

Wollen Netanyahu, Trump und MBS Joe Bidens diplomatischen Pläne gegenüber dem Iran zunichte machen? | Von Gisela Dachs

Verdeckte Kriege, das liegt in der Natur der Sache, sind nicht einfach zu rekonstruieren, genauso wenig wie die Beweggründe für einzelne Schlachten. Deshalb also vorneweg noch einmal die gesicherten Fakten: Am 27. November 2020 kommt ein hochrangiger iranischer Wissenschaftler bei einem gezielten Anschlag auf ihn in der Nähe von Teheran ums Leben. Es handelt sich um den 59-jährigen Mohsen Fakhrazadeh, Leiter der Forschungs- und Innovationsabteilung des Verteidigungsministeriums.

Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu hat den Mann als den „Vater“ des geheimen Atomwaffenprogramms bezeichnet. „Merken Sie sich diesen Namen“, forderte er 2018 die Teilnehmer einer Pressekonferenz auf, bei der er ihnen zum Beweis eine umfassende Dokumentation präsentierte, die zuvor aus iranischen Geheimarchiven entwendet worden war.

In Teheran deutete man schnell auf Israel als Urheber des Anschlags und droht mit Racheschlägen gegen den „kleinen Satan“ und seine westlichen Verbündeten. Israelische Diplomaten und Reisende im Ausland wurden zu zusätzlicher Vorsicht angemahnt. Im Norden des Landes ist man für potenzielle Angriffe durch iranisch kontrollierte Milizen jenseits der Grenze im Libanon und in Syrien gerüstet.

Zur Logik dieses verdeckten Krieges gehört es, dem Feind zu zeigen, dass er zu Hause angreifbar ist. Nur so lassen sich die widersprüchlichen Angaben über den Tatvorhergang auf offener Straße erklären. Denn zunächst hatten Augenzeugen im



Zukunftshoffnung Weltfrieden?: Joe Biden

Staatsfernsehen von einem explodierenden Lastwagen berichtet, woraufhin mehrere Männer einen Kugelregen auf Fakhrazadehs Wagen eröffneten. Später aber ließen offizielle Stellen dann verlauten, es hätte sich um einen „sehr ausgeklügelten, elektronisch ferngesteuerten Mord“ gehandelt – ganz ohne Menschen vor Ort. Das schmälert immerhin das eigene Versagen und zeigt, dass man dem Feind zumindest schnell auf die Schliche gekommen ist.

Für das iranische Regime ist es in diesem Jahr mindestens der dritte – tödliche – Anschlag auf einen hochrangigen Mitarbeiter. Im Januar war im Irak der General der iranischen Revolutionsgarden, Kassam Suleimani, von einer amerikanischen Drohne getroffen worden. Im August folgte die Ermordung von Abu Muhammad al-Masri,

Al Qaidas Nummer zwei, in Teheran. Zuvor war es zu einer mysteriösen Explosion in der Atomanlage von Natanz gekommen, woraufhin man verkündigt hatte, die beschädigte Anlage durch einen besser ausgestatteten, größeren Bau zur Urananreicherung ersetzen zu wollen.

Was den jüngsten Anschlag heraushebt, ist somit weder die Art der Durchführung, noch die Prominenz der Zielscheibe, sondern das Zeitfenster – nach der Abwahl von US-Präsident Donald Trump und vor der Amtseinführung seines Nachfolgers Joe Biden am 20. Januar. Denn selbst wenn man davon ausgeht, dass es eine „operative Gelegenheit“ war, die über das Datum der Ermordung entschieden hat, so steckt darin trotzdem eine unverhohlene Botschaft an den neuen Präsidenten, sich seine künftige Politik gegenüber dem Iran gut zu überlegen. Denn Biden hält nichts von der bisherigen amerikanischen Politik des „maximalen Drucks“ gegenüber Teheran.

Man kann davon ausgehen, dass der Anschlag mit der Zustimmung Washingtons stattgefunden hat und dass möglicherweise auch Riad mit im Bilde war. Denn bei einem



Prof. Dr. Gisela Dachs ist langjährige Zeit-Korrespondentin, ist heute freie Journalistin, u.a. für die NZZ am Sonntag und lehrt am European Forum der Hebräischen Universität Jerusalem.

iranischen Gegenschlag wären die USA und die Golfstaaten ebenso potenzielle Angriffsziele. Auf eine Koordinierung deuten Berichte über ein klandestines Treffen in der saudischen Hafenstadt Neom, bei dem der Kronprinz Mohammed bin Salman (gemeinhin MBS genannt), der (noch) amerikanische Außenminister Mike Pompeo und Israels Premier Netanyahu anwesend gewesen sein sollen.

Kritiker werfen dem Trio vor, mit dem Anschlag eine Rückkehr zu Verhandlungen mit dem Iran verhindern zu wollen. Tatsächlich könnte ein iranischer Gegenschlag zur Eskalation in der Region führen. Trump, unberechenbar wie er ist, könnte noch in den letzten Tagen seiner Amtszeit verbrannte Erde im Nahen Osten hinterlassen. Aber gerade das könnte für eine eher verhaltene – oder erst einmal abwartende – Reaktion Teherans sprechen. Man will es sich dort auch nicht unbedingt von Anfang an mit dem neuen US-Präsidenten verscherzen, der ja dem Atomabkommen wieder beitreten möchte. Die Zeiten sind schon so schwer genug, geprägt von harschen Sanktionen und Corona-Pandemie. Ob Biden also tatsächlich alle Optionen für einen neuen Kurs genommen wurden, ist offen.

In einer ersten Demonstration von Unbeugsamkeit verabschiedete das Parlament in Teheran am Mittwoch ein Gesetz, das die iranische Atomorganisation (AEOI) beauftragt, sofort pro Jahr 120 Kilogramm an 20-prozentigem Uran herzustellen und zu lagern. Der bisherige Anreicherungsgrad liegt knapp unter fünf Prozent. Darüber hinaus will man internationale Inspektoren

ausweisen, sollten die amerikanischen Sanktionen nicht bis Februar aufgehoben werden. Ein Sprecher des Außenministeriums allerdings distanzierte sich von der Entscheidung. Er kritisierte sie als „weder nötig noch produktiv“ und auch für das iranische Volk „wenig hilfreich“.

Denn *President-Elect* Biden will das 2015 unterzeichnete Atomabkommen wiederbeleben, das sein Vorgänger vor zwei Jahren aufgekündigt hat. Allerdings unter der Bedingung, „es zu stärken und auszuweiten“. Gleichzeitig möchte er „wirksamer gegen andere destabilisierende Aktivitäten des Iran in der Region vorgehen“. Gemeint sind dessen hochbewaffnete Milizen im Libanon, Iran, Syrien und Jemen. Dies ist ein kritischer Punkt, der in der Vergangenheit bei den Verhandlungen ausgeklammert worden war. Diese Lücke im Abkommen von 2015 fürchtete Israel genauso wie arabische sunnitische Staaten. Dies trug auch mit zu dem Schulterchluss bei, der gerade erst in den Normalisierungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain formalisiert wurde.

Die Region befindet sich im Wandel, und der Iran spielt dabei eine wichtige Rolle.

Auf die Frage aber Biden, ob er denn auch nach dem Anschlag auf Mohsen Fakhrazadeh an dem Ziel eines besseren Atom-Deals festhalten wolle, erklärte er: Es werde nicht leicht sein, aber ja. Da die jüngste Schlacht in dem verdeckten Krieg nicht auf sein Konto geht, könnte der angehende Präsident womöglich sogar aus deren Abschreckungswirkung Nutzen ziehen und Teheran einen neuen diplomatischen Kurs anbieten.

AUF DEN ZWEITEN BLICK



Inge Kloepper

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Realiter

Angst und Gier sind Kurstreiber an den Börsen. Derzeit ist viel von Gier die Rede. Mitten in der Coronakrise bewegen sich die Aktienkurse seit Wochen wieder auf Rekordniveau. Es gibt sogar einen Index, der die Gemütslage der Investoren misst: Der „Angst-und-Gier-Index“ des Nachrichtensenders CNN. In Phasen der Gier steigen die Kurse, in denen der Angst dagegen fallen sie. Gemessen an diesem Index sind die Anleger derzeit besonders gierig.

Gier – eine der sieben Todsünden – gilt nicht nur als allgemein verwerflich, sie ist auch niemandem geheuer. Laut wird deshalb seit längerem vor ihr gewarnt. Im Börsenjargon klingt das so: Die Aktien seien nicht mehr marktgerecht bewertet, die Kursentwicklung habe sich von der Realität entkoppelt, weil zu viel Gier die Hausse nähre. So kann man es sehen, doch was sagt uns das?

Genaugenommen nichts. Erstens sind Aktien stets marktgerecht bewertet, denn die Papiere werden schließlich am Markt gehandelt, wo sich aus Abermillionen Käufen und Verkäufen der Preis ergibt. Und von der Realität können sich die Kurse zweitens nicht entkoppeln, denn auch der Aktienmarkt mit all seinen verschiedenen Einflussfaktoren ist real, nicht unreal. Allenfalls könnte man behaupten, die Aktienkurse hätten derzeit ein Niveau erreicht, das deutlich über einer an der Realwirtschaft orientierten Bewertung liege. Nur, woran genau bemäße die sich dann?

Wenn in der Welt die Zeichen auf Krise stehen und der Wachstumstrend versiegt, müssten eigentlich auch die Kurse fallen. Denn Unternehmen verdienen dann nicht mehr so gut. Hinter diesem vermuteten Grundzusammenhang, nach dem Börsenentwicklungen immer beurteilt werden, verbirgt sich allerdings ein sehr mechanistisches Verständnis der Aktienmarktentwicklung, das schon vor Jahrzehnten seine Gültigkeit teilweise verloren hat. Es gab und gibt immer wieder Phasen, in denen die Wirtschaft schrumpft, die Kurse aber steigen und umgekehrt.

Und was ist mit der Gier? Auch die kann man derzeit getrost in Zweifel ziehen. Es ist vor allem Kalkül, das die Kurse treibt. In Phasen hoher Liquidität und Minuszinsen gibt es kaum Alternativen, sein Geld werterhaltend anzulegen. Dazu gesellt sich die Hoffnung auf ein Ende der Pandemie durch neue Impfstoffe sowie auf einen politischen und wirtschaftlichen Neubeginn in den Vereinigten Staaten. Selten war die starke Nachfrage nach Aktien transparenter. Natürlich werden die Kurse auch wieder fallen. Nur wann – das weiß derzeit wohl niemand. Der Angst-und-Gier-Index ist dabei wenig hilfreich. Doch wenn es so weit ist, werden die Crash-Propheten wieder einmal behaupten, sie hätten alles kommen sehen, es sei die Gier gewesen.

Kanzlerwahlverein ohne Klubversammlung

Wie funktioniert Wahlkampf im Pandemiestil? Ein Unions-Quintett sucht nach Antworten, jeder für sich | Von Katharina Hamberger

Große, fensterlosen Hallen, große, manchmal weniger große Reden, viele Menschen, dicht an dicht – das kennzeichnete einen typischen deutschen Parteitag noch bis vor etwas weniger als einem Jahr. Diese Zusammenkünfte sind schließlich die Orte, an denen die Weichen für die Zukunft einer Partei gestellt werden, selbst eine Art Legislative.

Entsprechend wurden sie inszeniert. Aber seitdem sich das Coronavirus auch in Deutschland ausgebreitet hat, gibt es diese Art von Parteitagen kaum noch. Auch viele andere Parteiveranstaltungen sind nicht mehr möglich: keine Stammtische mehr in unbelüfteten Nebenzimmern von Gasthäusern, keine Bierzeltauftritte oder Mitgliederempfang. Schnell wurden deshalb neue Online-Formate (weiter)entwickelt, die vor allem diese Veranstaltungen ersetzen sollen. Damit hat die digitale Parteilarbeit durch die Pandemie einen unverhofften Schub bekommen. Noch nie war es so einfach und vor allem so akzeptiert, sich vom Wohnzimmer aus an Gesprächen mit anderen Mitgliedern und Amts- und Mandatsträgern zu beteiligen – gleichzeitig wurde aber auch deutlich, was in der Vergangenheit versäumt worden war, etwa die Anpassung des 1967 eingeführten Parteiengesetzes. Änderungen gab es in den vergangenen Jahren vor allem die Parteienfinanzierung betreffend. Die Rechtslage für Onlineparteitage hingegen: unsicher. Digitale Wahlen des Vorstandes oder etwa Satzungsänderungen: unmöglich.

Für die meisten Parteien war das verkräftbar, weil sie, mit Olaf Scholz als Ausnahme, in diesem Jahr keine größeren Personalentscheidungen treffen müssen.

Anders die CDU – die Christdemokraten stehen deshalb vor einer besonderen Herausforderung. Nicht nur, dass der Termin für den Parteitag Corona-bedingt mehrfach verschoben werden musste, auch die Kandidaten für den Parteivorsitz müssen neue Wege finden, um für sich zu werben.

Armin Laschet setzt auf die Wirkung seines Amtes als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Das ist sein Alleinstellungsmerkmal. Denn ein Amt, mit dem Norbert Röttgen oder Friedrich Merz aktiv in der Coronakrise agieren könnten, haben beide nicht. Laschet scheint sich darauf zu verlassen, dass er gerade in diesen Zeiten mit Regierungserfahrung punkten kann. Bislang allerdings eher erfolglos. Explizit als Wahlkämpfer, der den Kontakt mit den CDU-Mitgliedern sucht, ist er nur selten wahrnehmbar.

Anders Röttgen und Merz. Jeder Kontakt mit der Basis, jede Interview-Äußerung wird in ihren jeweiligen Kanälen auf den sozialen Plattformen dokumentiert. Bei beiden dürfte das auch eine Lehre aus vergangenen Niederlagen sein: Röttgen war es im NRW-Wahlkampf 2012 zum Verhältnisgeworden, dass er eben nicht der nahbare Typ war, der noch lange bei Bratwurst und Bier mit den Menschen zusammensitzt. 2020 will er beweisen, dass er auch anders kann: Fotos zeigen ihn jetzt explizit mit jener Bratwurst-und-Bier-Combo, beim Spaziergang mit dem Hund oder vor dem Tablet, vertieft in Gespräche mit den CDU-Mitgliedern. Zudem kann Röttgen darauf setzen, dass er als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag ein gern gefragter Gesprächsgast zu allen internationalen Themen ist – auch in Corona-Zeiten.

Merz hingegen, der weder Parteiamt noch Mandat hat, muss sich anderweitig Aufmerksamkeit verschaffen. Solange es noch möglich war, tourte er von Veranstaltung zu Veranstaltung, von Kreis- zu Orts- zu Landesverband, setzt vor allem auf den direkten Kontakt mit der Basis. Wohl auch aufgrund der Erfahrungen, die er im Wettbewerb um den Parteivorsitz 2018 gemacht hat: Auf dem Parteitag in Hamburg schien er sich am Abend vor der Stichwahl schon zu sicher zu sein und warb, im Gegensatz zu Annegret Kramp-Karrenbauer, bei den Delegierten kaum noch für sich. Das kam nicht gut an. 2020 versucht er, das nun gutzumachen. Die Einschränkungen durch Corona sind für ihn auch deshalb ein größeres Problem als für seine Konkurrenten. Wie blank die Nerven liegen, zeigte sich, als er vor wenigen Wochen den Streit um die Verschiebung des Parteitages öffentlich eskalieren ließ.

Wer das Rennen machen wird, scheint jedoch noch völlig offen zu sein. Umfragen dazu bilden entweder die Stimmung in der Gesamtbevölkerung oder unter den CDU-Anhängern ab. Gewählt wird der Parteivorsitzende jedoch von den Delegierten.



Katharina Hamberger ist seit 2012 Korrespondentin im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks und beobachtet unter anderem die Unionsparteien. Zuvor hat sie Medien-, Politikwissenschaft und Journalismus studiert und anschließend beim Deutschlandradio volontiert.



Zukunftshoffnung K-Frage?: Markus Söder

Zwei Dinge lassen sich daraus dennoch ableiten: Zum einen, dass Röttgen die Krise gut genutzt zu haben scheint und die Außenposition, mit der er ins Rennen gestartet ist, verlassen hat, in manchen Umfragen ist er beliebter als Laschet.

Und zum anderen der Eindruck, den man auch bekommt, horcht man in die Partei hinein: Wirklich überzeugen kann keiner der drei Kandidaten. Die oft als Kanzlerwahlverein verspottete CDU wirkt geradezu wahlmüde. Besonders deutlich zeigt sich das daran, dass neben Merz, Laschet und Röttgen auch immer wieder zwei andere Namen von im Moment besonders präsent Männern fallen. Der von Gesundheitsminister Jens Spahn und der des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder. Letzterer dann, wenn es um die Kanzlerkandidatur geht. Der CSU-Chef versteht es besser als

die Kandidaten für den CDU-Vorsitz, die Coronakrise für seine Außenwirkung zu nutzen. Seine Beliebtheitswerte sind deutlich höher als die von Merz, Laschet und Röttgen. Zudem weiß er, sich geschickt im Spiel um die Kanzlerkandidatur zu halten, ohne konkrete Versprechungen zu machen.

Er wird sich genau überlegen, ob er selbst diesen Schritt gehen wird. Zwei Voraussetzungen bräuchte es dafür mindestens: Zum einen müsste es schlecht um die Chancen eines CDU-Vorsitzenden stehen, bei den Wahlen im Herbst zu gewinnen. Zum anderen müsste Söder dann in einer solchen Stimmungslage von der CDU gerufen werden. Sich die Krone selbst aufzusetzen, wäre strategisch unklug.

Im Januar will die CDU ihren Parteitag nun stattfinden zu lassen, eine tatsächliche Entscheidung der K-Frage in der Union wird dieser aber wohl nicht erbringen. Denn eine solche Online-Veranstaltung hat mindestens einen großen Nachteil: Es fehlt das Gefühl für die Stimmung, für Dynamiken, die sich entwickeln können; Applaus, Zustimmung, Ablehnung, alles bleibt verborgen hinter den heimischen Bildschirmen. So wird es am Ende also einen Vorsitzenden geben, aber dessen Ergebnis kann nicht abbilden, ob er mit Begeisterung gewählt wurde oder sich viele doch nur für das kleinere Übel entschieden haben.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter